

Pressemitteilung

28. März 2025

bvvp-Delegierte stellen klar: Stärkung der Ärztlichen Psychotherapie dringend erforderlich

Berlin, 28. März 2025. In ihrer Resolution, die im Rahmen der vom 28. bis 29. März 2025 online stattfindenden Delegiertenversammlung des Verbands verabschiedet wurde, forderten die Delegierten des Bundesverbands der Vertragspsychotherapeuten (bvvp) eine konsequente Stärkung der Ärztlichen Psychotherapie. Diese, vertreten durch die sogenannten P-Fächer und Zusatzqualifizierte, sei erforderlich, um die hohe Versorgungsqualität in der Behandlung psychisch und psychosomatisch erkrankter Menschen zu sichern. Ein derartiges Qualitätsniveau sei nur durch ein breites Spektrum unterschiedlich qualifizierter Berufsgruppen erreichbar, weshalb jetzt Fördermaßnahmen für die in der Psychotherapie tätigen Ärzt*innen entschlossen auf den Weg gebracht werden müssten.

In Deutschland seien die ärztlichen Behandlungsressourcen in nahezu allen Fachbereichen, insbesondere jedoch bei der hausärztlichen Versorgung und in der Ärztlichen Psychotherapie, seit Jahren stark eingeschränkt. Die Mehrheit der niedergelassenen Ärzt*innen, die überwiegend oder ausschließlich psychotherapeutisch tätig sind, sei über 60 Jahre alt und werde in naher Zukunft aus dem Berufsleben ausscheiden. Sie hoben in dem Resolutionspapier hervor: „Die Ärztlichen Psychotherapeut*innen sind wegen des schwerwiegenden Nachwuchsmangels zahlenmäßig in eine sehr nachgeordnete Position gerutscht. Ursachen sind fehlende Anreize für die ambulante Aus- und Weiterbildung, hohe Kosten der Weiterbildungsbausteine und eine noch immer bestehende schlechtere Vergütung der zuwendungsorientierten Medizin in der ambulanten Versorgung.“

Dabei böte die moderne Ärztliche Psychotherapie und Psychosomatik ein einzigartiges Versorgungsangebot für Patient*innen mit psychischen, psychosomatischen und somatopsychischen Erkrankungen. Sie ermögliche durch psychosoziale Therapieansätze unter Einbringung der hochwertigen ärztlichen Kompetenz, die immer auch somatische Prozesse miteinbezieht, eine Therapie „aus einer Hand“ inklusive einer Medikation.

Die Delegierten forderten die Verantwortlichen daher auf, alles zu unternehmen, um die psychotherapeutisch tätigen Ärzt*innen zu stärken.

Von der Politik forderten sie daher:

- die Schaffung zusätzlicher Medizinstudienplätze, für mehr Nachwuchs auch im Bereich Ärztlicher Psychotherapie,

VORSTAND

VORSITZENDER

Dipl.-Psych. Mag. rer. nat.
Mathias Heinicke,
Psychologischer Psychotherapeut

STELLV. VORSITZENDE

Dipl.-Psych. Ulrike Böker
Psychologische Psychotherapeutin

STELLV. VORSITZENDER

Dr. phil. Bernd Aschenbrenner
Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut

Dr. med. Bettina van Ackern
Dipl.-Psych. Rainer Cebulla
Martin van Ackern

Vorstandsbeauftragte
Ariadne Sartorius

KONTAKT

bvvp Bundesgeschäftsstelle
Württembergische Straße 31
10707 Berlin

Telefon 030 88725954
Telefax 030 88725953
bvvp@bvvp.de
www.bvvp.de

BANKVERBINDUNG

Berliner Volksbank eG
IBAN:
DE69100900002525400002
BIC: BEVODEBB

Gläubiger-ID
DE77ZZZ00000671763

- die Sicherstellung einer angemessenen Finanzierung der ambulanten Weiterbildung für alle P-Fächer sowie für Ärztliche Psychotherapeut*innen,
- die Novellierung der Gebührenordnung für Ärzte und Psychotherapeuten (GOÄ und GOP) mit Besserstellung der psychotherapeutischen und ärztlichen Leistungen im Rahmen der zuzahlungsorientierten Medizin.

Von den Ärztekammern, insbesondere der Bundesärztekammer, forderten sie:

- eine klare und entschiedene Vertretung der P- Fächer,
 - um zu verhindern, dass Ärzt*innen ihre Zuständigkeit für die Krankenbehandlung seelischer Erkrankungen verlieren, und
 - um zu verhindern, dass die Medizin nicht mehr für die „Seele“, sondern nur noch für den „Körper“ zuständig ist.
- bereits im Medizinstudium: eine Stärkung des Berufsgruppenprofils der P-Fächer und der Ärztlichen Psychotherapeut*innen durch eine stärkere Fokussierung der Unterrichtsinhalte auf seelische und psychosomatische Erkrankungen.
- eine kritische Überprüfung der kleinteilig strukturierten Weiterbildungsordnungen und Bewilligungsprozesse mit dem Ziel, die Erteilung von Weiterbildungsbefugnissen für ambulante Einrichtungen leichter zu ermöglichen und zu fördern.
- die Stärkung von Weiterbildungsverbänden, die sektorenübergreifend die Weiterbildung in den P-Fächern erleichtern.

Von der Selbstverwaltung (KVen und Kassen und zuständige Gremien) forderten sie:

- eine bessere Ausstattung der EBM-Fachkapitel 22/23 mit fachspezifischen Ziffern, auch für ärztliche Versorgungsleistungen
- die Abschaffung der Quotierung der Fachkapitelleistungen in den Honorarverträgen der KVen
- die Beibehaltung der Vorabwirtschaftlichkeitsprüfungen mit Psychotherapiekontingenten
- den Erhalt der Ärztequote in der Bedarfsplanung in etablierter Höhe
- eine bundesweite Ausweitung von Plausibilitätszeiten in den Honorarbeschlüssen für niedergelassene Weiterbildungsbefugte und die Etablierung weiterer Finanzierungsanreize, auch für spezifische Weiterbildungsbausteine wie die Gruppen-Nachqualifikation
- einen grundlegenden Bürokratieabbau

Der bvvp stehe wie kein anderer Verband für die kooperative Zusammenarbeit aller an der psychotherapeutischen Versorgung beteiligten Berufsgruppen. Die Delegierten, die Psychotherapeut*innen aller drei Berufsgruppen vertreten – Ärztliche, Psychologische und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen –, hoben hervor, nur ein vielfältiges Angebot qualitativ hochwertiger Versorgungsleistungen könne dem individuellen Behandlungsbedarf psychisch und psychosomatisch erkrankter Patient*innen gerecht werden.

Den vollständigen Text der Resolution finden Sie im Anhang und hier: <https://bvvp.de/positionspapier/>

*Der Bundesverband der Vertragspsychotherapeuten, bvvp, ist der Verband, der sich berufsgruppen- und verfahrensübergreifend für die Interessen aller Vertragspsychotherapeut*innen einsetzt. In ihm haben sich etwa 6.000 Ärztliche Psychotherapeut*innen, Psychologische Psychotherapeut*innen sowie Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen aller anerkannten Richtlinienverfahren zusammengeschlossen.*

Für den bvvp

Dipl.-Psych Mag.rer.nat Mathias Heinicke,
Vorsitzender des bvvp-Bundesverbands
Dr. Gerhild Rausch-Riedel,
Vorsitzende des Kompetenzkreises Ärztliche Psychotherapie im bvvp

Anfragen und Interviewwünsche bitte an:

bvvp Bundespressestelle
Anja Manz - Pressesprecherin
Württembergische Straße 31
10707 Berlin
Tel. + *49 30 88 72 59 54
Mobil + *49 177 6575445
E-Mail: presse@bvvp.de